

Land unterstützt die Kommunen

Vor den Kommunalwahlen am 25. Mai möchte ich Ihnen ein paar Informationen darlegen, die zeigen, dass die grün-rote Landesregierung eine verlässliche Partnerin der Kreise, Städte und Gemeinden ist.

Die Landesregierung hat die Mittel für die Schülerbeförderung um 20 Millionen Euro erhöht, der Rems-Murr-Kreis profitiert davon mit rund 600 000 Euro. Damit hat der Kreis Spielraum, Schulbuslinien aufrechtzuerhalten und die Beteiligung der Elternbeiträge zu begrenzen.

Auch bei der Schulsozialarbeit profitieren die Kommunen von der Politik der neuen Regierung. Sowohl bestehende Stellen wie auch neu geschaffene Stellen für die wichtige Schulsozialarbeit werden vom Land unterstützt mit insgesamt 25 Millionen Euro im Jahr. Das ist kein Pappenstiel für den Landeshaushalt. Für die städtischen Schulen und das Berufsschulzentrum fließen vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Juli 2014 rund 350 000 Euro nach Backnang.

Wichtig ist mir, dass Eltern selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder alleine aufziehen, Verwandte oder eine Ta-

gesmutter einbeziehen oder eine Einrichtung mit Erzieherinnen und Erziehern nutzen. So ist es richtig, dass die Erziehungsarbeit bei der Rente berücksichtigt wird und die schwarz-rote Bundesregierung die Anfang der Neunzigerjahre eingeführte Ungerechtigkeit (drei Jahre für Kinder ab 1992 und ein Jahr für davor geborene Kinder) relativiert hat, indem für alle Kinder jetzt mindestens zwei Jahre für die Rente angerechnet werden.

Bei der Vorgabe des Bundes für Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren hat die neue Landesregierung die Mittel für die Kommunen deutlich erhöht. Das Land steht neben der Unterstützung der Kindergärten auch gerade für 68 Prozent der Betriebsmittel in der

Kleinkindbetreuung. So hat etwa die Stadt Murrhardt 2011 für die Kleinkindbetreuung 81 000 Euro bekommen. Nach dem alten Zuschussverfahren wäre das 2012 auf 115 000 Euro gestiegen, tatsächlich sind die Mittel aber auf 302 000 Euro und jetzt 2014 sogar auf 378 000 Euro erhöht worden.

Die Unterstützung für die einzelnen Kommunen für 2014 im Vergleich zum Jahr 2011 habe ich Ihnen hier zusammengestellt: Allmersbach im Tal (2011: 58 000/2014: 172 000 Euro), Althütte (50 000/135 000), Aspach (58 000/302 000), Auenwald (87 000/260 000), Backnang (209 000/535 000), Burgstetten (59 000/159 000), Großlach (9 000/13 000), Kirchberg (12 000/151 000), Murrhardt (81 000/378 000), Oppenweiler

(39 000/108 000), Spiegelberg (15 000/13 000), Sulzbach (18 000/111 000), Weisach im Tal (108 000/297 000).

Die pauschale Kürzung im kommunalen Finanzausgleich lag 2011 noch bei 405 Millionen Euro. Sie wurde im jetzigen Haushaltsjahr auf 340 Millionen Euro reduziert. Damit bleiben den Kommunen 65 Millionen Euro mehr in der Kasse, die sie direkt und eigenverantwortlich investieren können. Im Gegenzug tragen Kommunen ab 2013 jährlich 10 Millionen Euro zusätzlich zur Kofinanzierung von Bundesmitteln zur Gemeindeverkehrsfinanzierung bei.

Einiges wurde auf den Weg gebracht, was den Menschen vor Ort direkt zugutekommt – etwa die Erhöhung der Mittel zur Sanierung der Landesstraßen. Auch für den dringend notwendigen Hochwasserschutz hat das Land die Mittel von 20 auf 38 Millionen Euro deutlich erhöht.

Auch hier zeigt sich die Landesregierung als eine faire Partnerin der Städte, Gemeinden und Kreise.

... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

